

Imperialismustheorien und Geschichte.

Eine empirische Annäherung

DANIEL MARC SEGESSER*

Abstract

For decades, if not centuries, the term imperialism has been used in manifold and ambivalent ways. Some historians, such as William Hancock, therefore shied away from using it in their texts, while others set up theories to explain as much as possible with regard to the European expansion into the non-European world – and in some cases even beyond. Taking the three cases of German colonial policy before 1890, the granting of “responsible government” to the so-called British dominions and the expansion of British power in South Asia from the mid-eighteenth century to 1914, this article seeks to show to what extent a knowledge of both older and more recent theories of imperialism can still be useful for empirical research in the humanities and the social sciences.

Keywords

Theories of imperialism, history, colonial policy, Bismarck, dominions, India

Einleitung

Sowohl in der fachwissenschaftlichen Diskussion wie im politischen und gesellschaftlichen Alltag gibt es wohl nur wenige Begriffe, die derart mehrdeutig und vielfältig verwendet werden wie derjenige des Imperialismus. Schon im Jahr 1943 bemerkte der bekannte britische Historiker William Keith Hancock (1943: 9): „In one morning I once counted up to ten different meanings given to the word ‚Imperialism‘ by ten different writers: to some of them it meant federation between Great Britain and the Dominions, to others it meant military expansion, to others it meant ‚dominion over palm and pine‘, to others it meant the ‚monopoly stage of capitalism‘, to others it

* DANIEL MARC SEGESSER, Historisches Institut der Universität Bern, Schweiz; daniel.segesser@hist.unibe.ch

meant the government of primitive peoples. Its connotation was at one time political, at another time military, at another time economic, at another time racial.“

Aus diesem Grund bemühte sich Hancock, das Wort Imperialismus in seiner Arbeit so selten als nur möglich zu verwenden: „I shan't use this particular word very much, because I intend to talk about real things and want all my readers to understand exactly what I am talking about.“ (Hancock 1943: 9). Die unklare Begrifflichkeit hinderte jedoch weder ihn noch seine Kollegen daran, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. So wurden immer wieder neue Imperialismustheorien präsentiert, die das Phänomen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu erklären suchten. Das grundsätzliche Problem der Begriffsvielfalt vermochten die neuen Ansätze aber nicht zu lösen. Theodor Schieder kam deshalb zu dem Schluss: „Der Begriff Imperialismus lässt sich nicht einheitlich bestimmen, sondern unterliegt historisch einem erheblichen Bedeutungswandel“ (Schieder 1961: 5) und Dierk Walter betonte: „No generally accepted definition is available for [...] the term ‚imperialism‘. [...] It is] frequently used with various meanings as a description of historical processes and phenomena, but also for political polemics“ (Walter 1999: 355). Gerade deshalb bleibt der Imperialismus ein wichtiger Untersuchungsgegenstand für die historische, aber auch die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung.

Es wird selbstverständlich nicht möglich sein, dem Phänomen Imperialismus an dieser Stelle auch nur annähernd gerecht zu werden. Anhand drei konkreter Beispiele, nämlich der deutschen Kolonialpolitik vor 1890, der Gewährung von *responsible government* an die britischen Siedlungskolonien (sog. Dominions) im Verlauf des 19. Jahrhunderts sowie der Expansion britischer Macht auf dem indischen Subkontinent soll eine empirische Annäherung an die Problematik der Imperialismustheorien gewagt werden. Anschließend soll diskutiert werden, in welcher Form die Beschäftigung mit Imperialismustheorien in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung auch heute noch von Nutzen sein kann.¹

Den Ausgangspunkt der Studie bildet das Verständnis von Imperialismus nach John Gallagher und Ronald Robinson. Demnach beschreibt „Imperialismus“ die politische Funktion des Prozesses der Eingliederung neuer Gebiete in eine expandierende Wirtschaft, mit dem Ziel, die bestehende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung im Mutterland durch ungleiche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche

¹ Dass ein solcher gegeben sein kann, hat Flavio Eichmann (2012: 89–111) in einem Vergleich zwischen Expansionsprozessen in der römischen Antike und der Neuzeit aufgezeigt.

Beziehungen zu den neuen Untertanen zu zementieren (Gallagher / Robinson 1953: 6). Natürlich teilen nicht alle Theoretiker diese Auffassung, aber sie umfasst meines Erachtens die zentralen Aspekte des Phänomens: die politische Funktion, wirtschaftliche Verflechtungen sowie den Aspekt eines Machtgefälles zwischen einer „Metropole“ und einer „Peripherie“. Diese beiden letzteren Begriffe sind nicht unproblematisch. Es ist besonders wichtig zu beachten, dass der Begriff der „Metropole“ hier nicht mit „Europa“ und derjenige der „Peripherie“ mit der restlichen Welt gleichgesetzt werden. Doch soll auf diese Problematik an anderer Stelle eingegangen werden.

1. Imperialismustheorien – ein Überblick

Im Laufe der Zeit, in welcher sich Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Politikwissenschaftler, Politiker und andere mit dem Phänomen des Imperialismus beschäftigt haben, entstanden nicht nur empirische Studien zu einzelnen Aspekten, sondern auch etliche theoretische Studien. Diese versuchten, ein Maximum an empirisch gesicherter Information so mit möglichst weitreichender Erklärungskraft zu verbinden, dass es möglich würde, eine Vielfalt ähnlicher Phänomene in vergleichender Weise abzudecken (Wehler 1970a: 12; Wehler 1972: 72). Dabei kam es häufig zu Überschneidungen verschiedener Theorien. Grundsätzlich können aber vier Grundrichtungen wissenschaftlicher Erklärungsmodelle unterschieden werden, nämlich ökonomische und nicht-ökonomische Imperialismustheorien sowie „metropolen-“ und „peripherieorientierte“ Imperialismustheorien.

Die Unterscheidung in ökonomische und nicht-ökonomische Imperialismustheorien ist älter als diejenige in „metropolen-“ und „peripherieorientierte“. Zu den ersten ökonomischen Erklärungsansätzen zählen die des britischen Linksliberalen John Atkinson Hobson (1902) sowie des russischen Politikers und Revolutionärs Wladimir Iljitsch Lenin (1921; 1946). Während Hobson die Suche nach profitablen Kapitalanlagemöglichkeiten als die zentrale Triebkraft beim Erwerb überseeischer Kolonien durch das britische Empire identifizierte, bezeichnete Lenin den Imperialismus zunächst als jüngste Etappe und später als das höchste Stadium des Kapitalismus. Beide formulierten ihre Thesen in Opposition zu bestehenden Herrschaftsverhältnissen in Europa und kritisierten die Tendenz zur Monopolbildung. Während Hobson dabei wie die englischen Radicals primär eine Rückkehr zum aus seiner Sicht nicht zu Expansion neigenden Freihandel anstrebte, teilte Lenin die Überzeugung mit Karl Marx, Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg, dass der Imperialismus nur am Schluss einer Entwicklung stehe,

die mit der Überwindung des Kapitalismus enden werde (Mommsen 1987: 12–18, 27–44; Cain 2002: 77–164).

Im Gegensatz zu diesen Theorien postulierte Joseph Schumpeter, dass der Imperialismus nicht das Resultat konkreter wirtschaftlicher Interessen sei, sondern vielmehr das Ergebnis der psychischen Disposition aristokratischer „Herrenschichten“ zu Krieg und Eroberung. Genau wie Hobson war er davon überzeugt, dass der „wahre Kapitalismus“ nicht zu imperialistischer Expansion neige, sondern vielmehr überkommene Strukturen aus vorkapitalistischer Zeit dafür verantwortlich gemacht werden müssten, die noch nicht vollständig überwunden worden seien (Schumpeter 1918/19: 1–39, 275–310). Spätere Autoren wie Hannah Arendt, Walt Whitman Rostow oder Earle Winslow griffen die Thesen Schumpeters auf und hoben in ihren Untersuchungen die Interessen der herrschenden Eliten hervor, die ihren sozialen Status im Zuge des Industrialisierungs- und Demokratisierungsprozesses bedroht sahen. Weitere nicht-ökonomische Erklärungsansätze präsentierten David Fieldhouse in seinen älteren Studien, in welchen er Imperialismus als extremen Nationalismus deutete, oder William Langer und Winfried Baumgart, die ihn als Ergebnis machtpolitischer Konstellationen bezeichneten. Auch für David Landes und Herbert Lüthy standen nicht-ökonomische Faktoren im Vordergrund. Sie führten das Phänomen Imperialismus auf einen zwangsläufigen Zusammenprall der „überlegenen westlichen Zivilisation mit den rückständigen Kulturen der ‚Dritten Welt‘“ zurück (Mommsen 1987: 58–66). Gerade diese letzteren Thesen bildeten den Ausgangspunkt für das von Edward Said (2003) oder Dipesh Chakrabarty (2000) vertretene Erklärungsmodell des Postkolonialismus.

Auch nach Lenins Tod blieb dessen Imperialismustheorie vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen zwischen dem sowjetischen Marxismus-Leninismus und dem „westlichen“ Modell von Demokratie und Marktwirtschaft für die Imperialismusforschung von Bedeutung, obwohl der allgemeine Zusammenbruch des Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg und der russischen Revolution ausgeblieben war. Verschiedene Autoren wie Fritz Sternberg, Paul Sweezy, Tom Kemp oder Ernest Mandel modifizierten Lenins Imperialismustheorie und schufen Grundlagen für neue Theorien der Abhängigkeit und Unterentwicklung. Seit Mitte der 1960er Jahre bildete die These der „strukturellen Abhängigkeit“ die Basis der sogenannten Dependencia-Theorien von Theotônio Dos Santos, Armando Córdova, Osvaldo Sunkel, Arghiri Emmanuel und vor allem André Gunder Frank, die schließlich vom Politologen Johan Galtung zu einer allgemeinen Theorie der strukturellen Gewalt weiterentwickelt wurden (Mommsen 1987: 103–121; Galtung 1981: 183–196).

1969 präsentierte Hans-Ulrich Wehler in seiner Studie *Bismarck und der Imperialismus* einen weiteren Ansatz, der unterdessen unter der Bezeichnung „Sozialimperialismus“ bekannt ist. Ausgehend von den Schwankungen des Wirtschaftswachstums seit 1873 betonte Wehler das „Primat der Innenpolitik“: Bismarcks Politik des formellen Kolonialismus sei von der Absicht geprägt gewesen, innenpolitische Schwierigkeiten im Vorfeld der Wahlen von 1884 zu überwinden. In einer sozialpsychologischen Analyse interpretierte Wehler den bismarckschen Imperialismus als Ventil für innenpolitische Auseinandersetzungen und insbesondere als Versuch, angesichts der durch die Industrialisierung hervorgerufenen sozialen Krise die politische Basis seines bonapartistischen Regimes zu sichern (Wehler 1969; Mommsen 1987: 76–80).

Von zentraler Bedeutung für die Erforschung des Imperialismus war die 1953 von John Gallagher und Ronald Robinson entwickelte Theorie des *Imperialism of Free Trade*, die die von Schumpeter und Hobson postulierte These in Frage stellte, wonach der Freihandel bzw. der „reine“ Kapitalismus eigentlich antiimperialistisch sei. Noch wichtiger war den beiden Autoren allerdings, die Kontinuität des britischen Imperialismus im 19. Jahrhundert nachzuweisen. Dabei gelangten sie zu einer für die moderne Imperialismusforschung grundlegenden Erkenntnis. Neben der bekannten Form des formellen Imperialismus in Gestalt der Kolonialherrschaft identifizierten sie eine Fülle von informellen Formen imperialistischer Machtausübung, die der Etablierung formeller Herrschaft zum Teil vorausgingen, diese begleiteten, sie aber auch in einigen Fällen entbehrlich machten (etwa in Südamerika oder in den weißen Siedlungskolonien des britischen Empires). Gallagher und Robinson betonten in ihrer Studie zudem die Bedeutung der imperialistischen Kräfte an der kolonialen Peripherie. Keineswegs seien diese beständig auf die Ausübung direkter politischer und militärischer Gewalt angewiesen gewesen. In der Regel habe es vollkommen ausgereicht, wenn die jeweiligen Akteure im Krisenfall auf die Unterstützung ihres Mutterlandes hätten zählen können. Informelle Formen des Imperialismus seien stets die erste Wahl der Expansion gewesen – so ihre zentrale These. Auf eine formelle, imperialistische Kontrolle sei nur dort zurückgegriffen worden, wo dies unbedingt notwendig erschien (Gallagher / Robinson 1953: 1–15).

Zusammen mit Alice Denny entwickelten Gallagher und Robinson in ihrer Studie *Africa and the Victorians* von 1961 ihre Imperialismustheorie weiter. Sie wiesen darauf hin, dass die Entwicklungen in der Peripherie – insbesondere die krisenhafte Erschütterung vieler Formen informeller Herrschaft – eine wesentlich wichtigere Rolle gespielt hätten, als dies in der Forschung bis zu diesem Zeitpunkt festgestellt worden sei (Gallagher et al.

1961). Auch nach dem Tod von Gallagher arbeitete Robinson weiter an dem Thema. Er beschrieb nun den Imperialismus als Produkt einer Interaktion von europäischen und außereuropäischen politischen Prozessen: „European economic and strategic expansion took imperial form when these two components operated at cross-purposes with the third and non-European component – that of indigenous collaboration and resistance.“ (Robinson 1972: 119). Die „Peripherie“ habe nämlich im Rahmen der imperialistischen Expansion sehr wohl eine aktive Rolle gespielt und es sei wichtig zu verstehen, so Robinson (1987: 271) in einer Erweiterung seiner ursprünglichen Studie, dass „when imperialism is looked at as an inter-continental process, its true metropolis appears neither at the centre nor on the periphery, but in their changing relativities“.

Stärker noch als Gallagher und Robinson betonten David Fieldhouse (*Economics and Empire*) und John S. Galbraith in seinen Untersuchungen zur *turbulent frontier* die Bedeutung der Entwicklungen in der Peripherie für das Verständnis von Imperialismus. Jedoch zögerten beide, im Gegensatz zu Gallagher und Robinson, für die Zeit vor 1830 von einer imperialistischen Expansion zu sprechen. Sie betonten zudem klar das Primat der Politik, was Gallagher und Robinson nicht in diesem Ausmaß getan hatten (Fieldhouse 1976; Galbraith 1960).

Ab dem Ende der 1970er Jahre entwickelte sich im Gefolge von Edward Saids Studie *Orientalism* (2003) eine weitere Richtung der Imperialismusforschung. Diese wird als Postcolonial Studies bezeichnet, und umfasst gemäß Harald Fischer-Tiné (2010) ein „lose definiertes Feld von Perspektiven, Theorien und Methoden [...], das [sich] mit der Analyse der nicht-materiellen Dimensionen kolonialer Herrschaft befasst und gleichzeitig die Dekonstruktion von bis in die Gegenwart hinein wirkmächtigen kolonialen Diskursen und Denkmustern postuliert.“ Im Zentrum von Saids Studie, die neben den Werken der drei indischen Wissenschaftler Gayatri Chakravorty Spivak, Homi K. Babha und Ranajit Guha zu den Grundtexten der heutigen Postcolonial Studies zählt, steht die Untersuchung der Auswirkungen der Kolonialisierung auf die Sprachen, das Bildungswesen, die Wissensvermittlung, die Identität sowie die Geschlechter- und „Rassen“-beziehungen in den ehemals kolonisierten Gebieten (Introduction 2014; Kennedy 1996: 345–363; Young 2001: 57–69, 337–446). Edward Said vertrat die Meinung, dass der Westen den Völkern des Orients ihre Geschichte genommen und diese selber umgeschrieben habe, mit der Begründung, die „Orientalen“ seien zu einer kritischen Geschichtsschreibung nicht fähig. Dabei werde der Westen als stark, maskulin und fortschrittlich dargestellt, während der Orient als schwach, feminin, anlehungsbedürftig und rückständig gelte. Basierend auf diesen Annahmen wurde eine „Zivilisierungs-

mission“ abgeleitet (Barth / Osterhammel 2005; Watt / Mann 2011), die insofern sehr erfolgreich gewesen sei, als dass sie die Selbstwahrnehmung der Menschen in der außereuropäischen Welt maßgeblich beeinflusst habe. Diese Aneignung der Geschichte des Orients durch den Westen deutete Said als einen bewussten Akt zur Sicherung der kulturellen Dominanz und der Unterdrückung (Said 2003; vgl. Osterhammel 1997: 597–603).

Für Indien entwickelte insbesondere Ronald Inden Saids Ansätze weiter. Sein Ziel war es, Raum für neues Wissen in und über Indien zu generieren, welches nicht durch orientalistische Konstruktionen geprägt ist (Inden 1986; Inden 1992). Auch Dipesh Chakrabarty (2000; 2010) verwies auf die Dominanz der europäischen Geschichtskonzepte im außereuropäischen Raum und betonte, dass auch die postkolonialen Staatsstrukturen maßgeblich von europäischen Vorbildern geprägt seien. Er plädierte deshalb dafür, die Geschichte Europas nicht als universelles Modell zu betrachten – vielmehr handle es sich um einen historischen Einzelfall. Europa müsse, ebenso wie beispielsweise Indien, provinzialisiert, also als „Provinz“ untersucht werden und dürfe keinesfalls mehr als Metropole angesehen werden, welche in Beziehung zu anderen Teilen der Welt stehe, die dann als Peripherie bezeichnet würden.² Chakrabarty stellte damit, allerdings ohne dies explizit auszudrücken, die Begrifflichkeit von „Metropole“ und „Peripherie“ in Frage, die in diesen Ausführungen natürlich immer im Sinne des obigen Zitats von Ronald Robinson (1987: 271) verstanden werden müssen.

Eine Rückkehr zu metropolenorientierten Imperialismustheorien bildet das vorerst zuletzt entwickelte Erklärungsmodell von Peter J. Cain und Anthony G. Hopkins. Anknüpfend an die Thesen Hobsons postulieren sie, dass die Handels- und Finanzmagnaten Londons für den britischen Imperialismus eine wesentlich wichtigere Rolle gespielt hätten als bisher angenommen. Zusammen mit der landbesitzenden Aristokratie hätten sie die Geschehnisse der britischen Expansion in Form eines *gentlemanly capitalism* bestimmt. Die außerhalb Großbritanniens erwirtschafteten Extraeinnahmen hätten dazu dienen sollen, die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo im Mutterland in einer Weise zu sichern, die mit den Prinzipien von Pflicht und Ehre, dem Codex der Gentlemen, vereinbar waren. Für Cain und Hopkins wurde jedoch deutlich, dass die Strategien der dadurch ausgelösten imperialistischen Expansion nur im Rahmen der jeweiligen räumlichen und zeitlichen Bedingungen verstanden werden können (Cain / Hopkins 1993: 1–52).

² In der englischen Fassung von Chakrabartys Werk wird mit der Formulierung *provincializing* der Prozess in den Vordergrund gerückt, in der deutschen Übersetzung hingegen der Zustandscharakter von Europa als Provinz (siehe Chakrabarty 2002, 2010).

2. Die deutsche Kolonialpolitik unter Bismarck

Die Vorgeschichte der deutschen kolonialen Expansion bildet im internationalen Vergleich keinen Sonderfall. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde im deutschen Sprachraum kaum über Kolonien diskutiert, da die Prioritäten zu jener Zeit aus Sicht der politisch Verantwortlichen durch die Politik Europas bestimmt wurden. Die Frage einer deutschen Kolonisierung außereuropäischer Gebiete wurde erstmals nach 1840 aufgegriffen, insbesondere im Zusammenhang mit der schon seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmenden Auswanderung. Vor allem liberale Autoren aus dem Bürgertum wurden zugunsten einer kolonialen Expansion publizistisch aktiv. Zudem gab es vereinzelte private Bemühungen, die deutsche Auswanderung auf einige bestimmte Gebiete der Welt zu konzentrieren, so etwa durch den sog. „Mainzer Adels- und Texasverein“. Dieser scheiterte jedoch mit seinem Versuch, in Texas ein deutsches und womöglich sogar unabhängiges Gemeinwesen zu schaffen (Brisler 2010; Gründer 2000: 17). Unzureichendes Kapital sowie die Unerfahrenheit und Gutgläubigkeit der verantwortlichen Männer, die mehrfach auf Spekulanten hereinfließen, waren die maßgeblichen Ursachen des Misserfolges. Weitere private Projekte in Neuseeland auf den neuseeländischen Chatham-Inseln sowie in Süd- und Mittelamerika scheiterten ebenfalls (Gründer 2000: 17–19). Neuen Auftrieb erhielten deutsche Kolonialpläne durch die von namhaften hanseatischen Kaufleuten sowie einigen Heeres- und Marineoffizieren geforderte Abtretung der französischen Kolonie Cochinchina nach Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges, eine Forderung die Bismarck damals mit folgender Begründung ablehnte: „[D]iese Kolonialgeschichte wäre für uns genauso wie der seidne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben.“ (Busch 1902, Bd. 2: 157; Gründer 2000: 22).

An dieser Haltung Bismarcks änderte sich in den weiteren zehn Jahren kaum etwas. Die gefährdete Lage seines Reiches in Europa verbot es nämlich seines Erachtens, außerhalb des Kontinents neue Konfliktfelder zu eröffnen, in deren Verlauf es zu einer Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich hätte kommen können. Im Gegensatz zu dem britischen Konkurrenten verfügte das Deutsche Reich nämlich nicht über eine schlagkräftige Kriegsmarine, die es ermöglichen würde, koloniale Erwerbungen wirksam zu schützen, so Bismarck. Ganz generell schien es für ihn zudem nicht nachvollziehbar zu sein, weshalb der Staat Kolonien erwerben sollte, die kaum einen staatlichen Gewinn versprachen. Nur Privatleute sollten ihren ökonomischen Vorteil in der Expansion suchen (Wehler 1969: 191). Allenfalls konnte eine solche freihändlerische Expansion durch die Errichtung einzelner Stützpunkte gefördert werden. Territoriale

Erwerbungen sollten aber in keinem Fall über solche Flottenstützpunkte hinausgehen. In diesem Punkt war sich Bismarck mit der großen Mehrheit der Kaufleute – primär aus den hanseatischen Stadtstaaten Hamburg und Bremen – einig. Letztere hatten an einer staatlichen Kontrolle ihrer Absatzgebiete in Westafrika auch kein Interesse, da sie befürchteten, dass ihr lukrativer Spiritus-, Waffen- und Pulverhandel ansonsten staatlich kontrolliert und damit limitiert werden könnte. Die Banken – von Lenin (1921; 1946), Hobson (1902) sowie Cain und Hopkins (1993) als eine zentrale Triebkraft imperialistischer Expansion bezeichnet – hatten ebenfalls kaum Interesse an einer kolonialen Ausbreitung und legten entsprechend nur in sehr geringem Umfang Kapital außerhalb Europas an. Eine allmähliche Änderung der antikolonialen Einstellung deutscher Banken zeichnete sich erst in den Jahren 1904 bis 1907 ab (Gründer 2000: 43–48; Canis 2004: 210–211).

Die koloniale Propaganda im Deutschen Reich wurde nach 1871 trotzdem immer aktiver und deutsche Forschungsreisende in Afrika vermochten mit ihren Berichten speziell das gehobene Bürgertum mehr und mehr zu fesseln. So betonte der Publizist Wilhelm Hübbe-Schleiden (1879): „Eine Ausdehnung unseres Wirtschaftsgebietes ist das Einzige, was unser Volk vor der Versumpfung retten kann.“ (Fröhlich 1997: 25). Für seinen Kollegen Friedrich Fabri bildete die koloniale Expansion die Möglichkeit, die soziale Frage durch die Schaffung von Handels-, Siedlungs- und als ultima ratio sogar Verbrecherkolonien zu lösen (Fröhlich 1997: 27–28). Auch Ernst von Weber (1879: 4) propagierte die „Verminderung der Zahl unserer ärmsten Arbeiter durch stetige Massenauswanderung und [die] Eröffnung neuer Märkte für unsere Arbeitserzeugnisse durch Aufschließung neuer Handelsgebiete.“ Mit einer Steigerung des Prestige argumentierte der agilste und zugleich problematischste Vertreter der deutschen Kolonialpropagandisten, Carl Peters, der betonte, dass er es satt habe, „unter die Parias gerechnet zu werden“, und dass er einem „Herrenvolk“ anzugehören wünsche: „Ich lege keinen besonderen Wert darauf, für den Rest meines Lebens als Kompliment zu vernehmen: ‚You are exactly like an Englishman!‘“ (Gründer 2000: 31).

Trotz all ihrer Bemühungen gelang es der deutschen Kolonialbewegung bis in die 1880er Jahre nicht, die Regierung von der Notwendigkeit eines deutschen Kolonialismus zu überzeugen. Noch 1881 erklärte Bismarck apodiktisch: „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik.“ (Poschinger 1896, Bd. 3: 54; Canis 2004: 209). Nur drei Jahre später, im Jahr 1884, folgte jedoch die Wende, als Bismarck dem Schutzesuchen des hanseatischen Kaufmanns Adolf Lüderitz für dessen Siedlung im heutigen Namibia zustimmte. Diese Entscheidung kam für viele überraschend, hatte Bismarck doch zuvor mehrfach ähnliche Gesuche der von

Fabri geleiteten Rheinischen Missionsgesellschaft um staatlichen Schutz in diesem Gebiet abgelehnt (Gründer 2000: 79–80).

Bei der Suche nach den Motiven, die Bismarck 1884 dazu veranlassten, seine bis dahin klar ablehnende Haltung zur Kolonialpolitik aufzugeben, wird schnell ersichtlich, dass diese vielfältig sind, und eine einzelne, ausschlaggebende Ursache nur schwer auszumachen ist. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass führende Forscher wie Hans-Ulrich Wehler oder Winfried Baumgart in ihren Untersuchungen vor allem jeweils diejenigen Aspekte hervorhoben, die ihre Auffassungen bestätigten, während sie andere Motive herunterspielten, was im Bereich der Imperialismusforschung leider ein häufig anzutreffendes Vorgehen ist.

Weitgehend unbestritten unter Historikerinnen und Historikern ist die Annahme, dass Bismarcks Entschluss zugunsten einer formalen deutschen Kolonialherrschaft zu einem Teil wirtschaftlichen Motiven entsprang. Ein zentrales Anliegen war es, neue Absatzmärkte für die unter einer Wirtschaftskrise leidende deutsche Exportindustrie und neue, günstige Rohstoffvorkommen zu finden. Auch sollten angesichts einer verstärkten neomerkantilistischen Wirtschaftspolitik anderer Staaten die eigenen wirtschaftlichen Interessen außerhalb Europas nun ebenfalls durch Schutz- und Prohibitivzölle gefördert werden.

Mögliche innen- und außenpolitische Ziele, die Bismarcks Wandel in der Kolonialpolitik erklären könnten, werden in der Fachliteratur unterschiedlich bewertet und gewichtet. So kommen zwar fast alle Untersuchungen zu dem Schluss, dass Bismarck mit seiner Entscheidung zugunsten einer kolonialen Expansion die Linksliberalen bei den Reichstagswahlen 1884 schwächen konnte. Doch in welchem Ausmaß er beabsichtigte, seine eigene Position für den Fall zu sichern, dass der greise Kaiser Wilhelm I. sterben und dessen Sohn Kronprinz Friedrich, der liberalen Ideen gegenüber als offen galt, ihm als Kaiser nachfolgen sollte, ist umstritten. Ebenso kontrovers beurteilt wird die Frage, inwiefern Bismarck bewusst einen Konflikt mit der britischen Regierung zu schüren suchte, mit dem Ziel, Frankreich und/oder Russland stärker an sich zu binden oder ob er koloniale Gebiete in erster Linie als günstige Tauschobjekte im Rahmen einer auf Europa ausgerichteten Außenpolitik betrachtete. Einig sind sich die meisten Historikerinnen und Historiker darin, dass die außenpolitische Situation im Jahr 1884/85 – etwa der Vormarsch Russlands in Richtung Afghanistan und der Mahdi-Aufstand im Sudan – Bismarcks Handeln sicherlich begünstigte (Gründer 2000: 51–62).

Hans-Ulrich Wehler stellte die innenpolitischen Motive in den Vordergrund und betonte, dass der Entschluss Bismarcks für die Errichtung von Schutzgebieten als sozialimperialistischer Versuch gewertet werden solle,

die politische Basis seines bonapartistischen Systems zu sichern (Wehler 1969: 412–502; Wehler 1970b: 119–155). Dieser Auffassung widersprach Winfried Baumgart. Kurzfristig mögen durchaus sozialimperialistische Motive Bismarcks Politik beeinflusst haben, doch hätten langfristig macht- und außenpolitische Gründe für eine Zuwendung zur Kolonialpolitik überwogen (Baumgart 1975: 104–109).

Sowohl Wehler als auch Baumgart präsentieren in ihren Analysen wertvolle Ansätze für ein besseres Verständnis von Bismarcks Motiven, aber beide vermögen nur teilweise zu überzeugen. Die Erklärungsansätze von Gallagher und Robinson (1953) sowie von Cain und Hopkins (1993) standen in dieser Diskussion bisher nicht im Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Dies ist bedauerlich. Bismarck blieb nämlich auch nach 1886 skeptisch, was die Errichtung formaler Kolonien betraf. Auch nach der Errichtung der Schutzmachtgebiete bevorzugte er weiterhin einen Imperialismus des Freihandels, wie ihn Gallagher und Robinson beschrieben haben.

Es zeigt sich also, dass die Relevanz von Imperialismustheorien wesentlich von der Perspektive des Betrachters beeinflusst wird. Wer den Standpunkt Bismarcks in den Vordergrund rückt, wird der Theorie von Gallagher und Robinson weit mehr Erklärungswert einräumen als jemand, der die historische Entwicklung aus dem Blickwinkel von Bismarcks politischen Gegnern oder der Protagonisten der deutschen Kolonialbewegung betrachtet. Für Analysen aus dieser Perspektive könnte Wehlers These zu Bismarcks Sozialimperialismus nützlicher erscheinen. Selbst die Theorie von Cain und Hopkins vermag uns ein umfassenderes Bild des deutschen Kolonialismus zu vermitteln. Aus der Sicht der Bankiers war sowohl eine formelle wie eine informelle imperialistische Expansion zum Scheitern verurteilt, weshalb sie es in vielen Fällen ablehnten, sich durch großzügige Kapitalinvestitionen außerhalb Europas an einer informellen Herrschaft über die Kolonialgebiete zu beteiligen. Diese Haltung veranlasste selbst den kolonialkritischen Bismarck zu einer missbilligenden Stellungnahme.

3. *Responsible government* und die Entstehung von Dominions

Nach der Abspaltung der USA 1783 beruhigten sich die Spannungen zwischen Großbritannien und den verbliebenen weißen Siedlungskolonien zunächst deutlich, dennoch blieb die Problematik des politisch-rechtlichen Verhältnisses von Mutterland und Kolonie weiterhin bestehen. Arthur Berriedale Keith (1928, Bd. 1: 3) beschrieb die Situation folgendermaßen: „If territories were occupied with conquest from, or cession by, a civilized power, [...] then British subjects were deemed to carry with them as far as was compatible

with the change of conditions the legal system of England.“ Dies schloss auch das Recht auf politische Mitsprache mit ein. Unklar blieb jedoch deren Ausmaß. Aktuell wurde das Problem erneut nach Unruhen und zwei „Rebellionen“ in den beiden Provinzen Upper und Lower Canada in den Jahren 1837/38. Entzündet hatten sich diese an Meinungsverschiedenheiten zwischen der vorherrschenden Gruppe des sogenannten Family Compact (Upper Canada) bzw. Château Clique (Lower Canada) und den mittelständischen Bauern und Handwerkern in den beiden Provinzen. Die Proteste wurden von den britischen Kolonialbehörden zuerst mit Gewalt und Strafverfahren niedergeschlagen, führten aufgrund von innenpolitischen Entwicklungen in Großbritannien und Kanada sowie einer neuen Wahrnehmung der nord-amerikanischen Kolonie in der britischen Öffentlichkeit mit der Zeit zur Gewährung von *responsible government*. Dabei handelte es sich keineswegs um Gewährung einer weitgehenden politischen Autonomie, aber die Gouverneure waren nun gehalten, die Beschlüsse der Parlamente und Regierungen ihrer jeweiligen Provinz bzw. Kolonie zu respektieren, sofern nicht übergeordnetes britisches Recht dadurch verletzt wurde (Bumstead 2008: 55–58). Der Colonial Law Validity Act von 1865 spezifizierte diesen Grundsatz und hielt fest, dass ein von einem kolonialen Parlament verabschiedetes Gesetz beim Privy Council in London nur dann angefochten werden konnte, wenn es einem vom Parlament in Westminster gefassten Beschluss explizit widersprach und sich dieser auch explizit auf die betroffene Kolonie bezog (Voigt 1988: 144). Mit der Zeit konnten davon nicht nur Kolonien im Westen Kanadas, sondern auch in Australien, Neuseeland und Südafrika profitieren (Keith 1928, Bd. 1: 19–35; Darwin 2013: 214–222).

Über die Gründe für die Gewährung von *responsible government* ist in der Forschung viel diskutiert worden. Frühere Erklärungsversuche, etwa die von Alfred Zimmern, Charles Lucas und Reginald Coupland, sahen darin einen „weisen“ ersten Schritt liberaler britischer Politiker zu einer möglichst großen Selbständigkeit der Kolonien innerhalb des Empires, ein Schritt, der keineswegs nur den weißen Siedlungskolonien vorbehalten bleiben sollte (Zimmern 1926; Hancock 1943: 48). Diese These gilt jedoch als widerlegt und wird heute kaum mehr vertreten (Burroughs 1978: 315–316). Einen anderen Ansatz präsentierten Robert L. Schuyler und Carl Adolf Bodelsen. Ihrer Argumentation zufolge sei die Gewährung von *responsible government* in engem Zusammenhang mit der Einführung des Freihandels durch anti-imperialistische britische Politiker zu betrachten. Auch diese Erklärung hat seit den Untersuchungen von Gallagher und Robinson zum Imperialismus des Freihandels erheblich an Plausibilität verloren. An der Bedeutung ökonomischer Motive für die Gewährung von *responsible government* hielten Gallagher und Robinson allerdings fest. Getreu ihrer These „by

informal means if possible, by formal annexations when necessary“ betonten sie: „By slackening the political bond at the appropriate time, it was possible to rely on economic dependence and mutual good-feeling to keep the colonies bound to Britain while still using them as agents for further British expansion.“ (Gallagher / Robinson 1953: 4). Ronald Robinson hob in späteren Studien hervor, dass der „weiße Kolonist“ für die britische Regierung der ideale Kollaborateur gewesen sei (Robinson 1972: 124–126).

John Manning Ward widersprach dieser These und warf Gallagher und Robinson indirekt vor, dass sie den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Abhängigkeit und imperialistischem Einfluss nicht ausreichend belegen würden (Burroughs 1978: 318; Mommsen 1987: 74). Die Gewährung von *responsible government* sei nicht einfach eine Technik des britischen Freihandelsimperialismus gewesen, so Ward. Viel entscheidender sei die Machtverschiebung zwischen Krone und Unterhaus in Großbritannien gewesen, die dazu geführt habe, dass *responsible government* in denjenigen Kolonien eingeführt worden sei, in welchen dies als sinnvoll erachtet wurde (Ward 1976; vgl. Burroughs 1978: 319). Während J. Arthur Lower (1991) in seiner Geschichte Kanadas tendenziell der These Wards folgt, vertritt Kenneth McNaught (1988: 100) die Auffassung, dass sicherlich beide Aspekte – die ökonomische Abhängigkeit wie auch die verfassungsrechtliche Entwicklung in Großbritannien – für die Gewährung von *responsible government* eine wichtige Rolle gespielt hätten. Ähnlich argumentieren auch Cain und Hopkins. Ihrer Ansicht nach muss die Einführung von *responsible government* allerdings in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ende des „old colonial system“ gesehen werden: „It was the growth of parliamentary government in Britain after 1832 and the increasing recognition that the colonies could function as economic satellites without direct control, which led to political autonomy.“ (Cain / Hopkins 1986: 524). Eine Kombination mehrerer Faktoren macht auch Philipp Buckner für die spezifische Entwicklung in Kanada verantwortlich, wo die „men on the spot“ ihre ganz eigenen Ziele verfolgten und keineswegs im Sinne der imperialen Metropole in London handelten. Vielmehr nahmen sie für sich das Recht zur Selbstregierung und zum eigenständigen Vorgehen in Anspruch, ohne gleichzeitig auf den Zusammenschluss mit einem weiterhin als mächtig und wichtig wahrgenommenen Empire zu verzichten. Die Siedler in Nordamerika waren daher keineswegs, wie von Robinson angenommen, ideale Partner der britischen Regierung. Die Befürchtung, dass Großbritannien nach der Verabschiedung des Colonial Law Validity Act von seinem fortbestehenden Eingriffsrecht in Politik und Recht der Siedlungskolonien Gebrauch machen könnte, kam in diesem Teil der Welt nicht auf. Zu bedeutend war hier der Einfluss des Gewohnheitsrechtes, des Common Law, und zu lange hatte die

britische Krone nun schon auf ihr Recht zur politischen Intervention verzichtet (Buckner 2008: 66–71).³

Wie schon im Beispiel der deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, so zeigt sich auch bei der Betrachtung der Errichtung sogenannter Dominions in Nordamerika, dass die Perspektive, aus welcher die Gewährung von *responsible government* betrachtet wird, die Relevanz von Imperialismustheorien maßgeblich beeinflusst. Aus Sicht der reformorientierten Politiker in den nordamerikanischen Kolonien war klar, dass die verfassungsrechtlichen Änderungen in Großbritannien (und teilweise in den USA) von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung in den Dominions waren. Britische Politiker maßen sowohl verfassungsrechtlichen wie ökonomischen Entwicklungen große Bedeutung zu. Erste transnational vergleichende Studien zu den Dominions haben jüngst Jack P. Greene (2010) und John Darwin (2013) vorgelegt. Beide betonen darin, dass der Zugewinn an „Freiheit“ in den Dominions häufig mit einer Einschränkung der Freiheiten der indigenen Bevölkerung verbunden war. Darwin weist zudem darauf hin, dass die Verbundenheit zwischen Großbritannien und den Dominions auf dem Gefühl einer „britannischen Identität“, auf einem Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit, beruhte sowie darauf, dass die Siedlerstaaten ihre eigene internationale und nationale Legitimität aus einem Geflecht konstitutioneller Bindungen ableiteten, deren Ursprung eine mystifizierte Treue zur fernen britischen Krone bildete (Darwin 2013: 222). Dennoch sind weitere empirische Studien notwendig, um mit Blick auf die von Ward und Gallagher / Robinson aufgestellten Thesen zu präziseren Schlussfolgerungen zu gelangen. Denn es ist nach wie vor nicht eindeutig, inwieweit die Politiker der 1840er Jahre den politischen Wandel ihrer Zeit wirklich für unumkehrbar hielten, oder worin genau die politische Funktion der ökonomischen Abhängigkeit bei der Gewährung von *responsible government* bestand. Das Vorhandensein einer konstitutionellen Entwicklung im Mutterland oder das Bestehen einer wirtschaftlichen Abhängigkeit allein reichen als Begründung für die Gewährung von *responsible government* nicht aus. Darauf hat schon Peter Burroughs (1978: 319) in den 1970er Jahren hingewiesen.

³ Bis zur abschließenden Entlassung der Dominions in die Unabhängigkeit durch das Statut von Westminster im Jahre 1931 griff die britische Regierung nur ein einziges Mal in deren Autonomie ein – im Jahr 1907 im Fall Neufundlands. Es ging dabei um Fischfangstreitigkeiten zwischen dem Dominion sowie den Regierungen Frankreichs und der USA. Vgl. Hiller 2008: 127–134.

4. Die britische Herrschaft in Indien 1757–1914

Die britische Herrschaft in Indien gründete maßgeblich auf den Aktivitäten der East India Company. Diese baute seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts enge Handelsbeziehungen zwischen Europa und Südasien auf und wurde zum wichtigen Ausgangspunkt der imperialistischen Expansion Großbritanniens auf dem indischen Subkontinent ab der Mitte des 18. Jahrhunderts. Zentral für die Herausbildung des britischen Kolonialstaates war im Jahre 1765 die Übertragung der *diwani* in Bengalen vom Nawab auf die East India Company. Dieser wurde damit nicht nur das Recht eingeräumt, in der gesamten Provinz die Steuern einzutreiben, sie übernahm gleichzeitig die zivile Rechtsprechung. In der Folge kam es aufgrund von schlechten Handelserträgen, Korruption sowie persönlichen Interessen der beteiligten britischen Beamten und/oder Militärs immer wieder zu eigenmächtigen militärischen Aktionen, mit dem Ziel, weitere Besitzungen zu erwerben, die Steuereinnahmen zugunsten der East India Company zu erhöhen und den eigenen Ruhm zu mehren (Förster 1992). Auf die damit verbundenen Ausgaben wurde dabei kaum geachtet. Turbulenzen an den Grenzen des britischen Machtbereiches wurden gezielt genutzt, um die Interessen der East India Company weiter auszubauen (siehe Galbraith 1960; Fieldhouse 1976). Infolge mehrerer staatlicher Regulierungen von Seiten der britischen Krone in den Jahren 1773 und 1784 wurde die East India Company von einem primär auf Handel ausgerichteten Unternehmen zu einem bürokratischen Administrationsapparat umgestaltet. Nach militärischen Auseinandersetzungen oder durch politische Entscheidungen neu erworbene Territorien wurden den seit dem 17. Jahrhundert bestehenden Presidencies von Bengalen, Bombay oder Madras angeschlossen und mit der Zeit in Provinzen aufgeteilt. Mit einer Justizreform unter dem zweiten Generalgouverneur Cornwallis gelang es schließlich der East India Company, in den von ihr kontrollierten Teilen Südasiens nicht nur die Zivilgerichtsbarkeit, sondern auch die Strafgerichtsbarkeit an sich zu ziehen. Bis 1858 wurde der Großmogul in Dehli aber weiterhin zumindest als formelles Oberhaupt akzeptiert (Mann 2005: 35 & 53–59; Wolpert 2009: 192–206).

Weder die East India Company, die Britisch-Indien offiziell bis 1858 beherrschte, noch die britische Krone vermochten das riesige Land jedoch vollständig zu kontrollieren. Immer wieder kam es zu lokalen und regionalen Aufständen gegen die britische Herrschaft. Weite Teile Indiens beließen die britischen Behörden unter der Führung lokaler Fürsten und übten nur indirekte Kontrolle aus. Dieser Umstand gilt als Paradebeispiel für die von Robinson und Gallagher propagierte *Maxime* des britischen Imperialismus, wonach „[it was] only when and where informal political

means failed to provide the framework of security for British enterprise (whether commercial, or philanthropic or simply strategic) that the question of establishing formal empire arose“ (Gallagher / Robinson 1953: 13). Wo immer möglich wurde die Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den Händen indischer Fürsten belassen, denen ein Resident an die Seite gestellt und von welchen erwartet wurde, dass sie sich der britischen Paramountcy unterwarfen. Um notfalls eingreifen zu können, beriefen sich die britischen Behörden gegebenenfalls auf die Möglichkeit der Intervention bei „Missmanagement“ oder die Doctrine of Lapse⁴. Doch nicht nur auf die Zusammenarbeit mit den indischen Fürsten waren die Briten angewiesen. Auch in Britisch-Indien gab es eine große Anzahl von Einheimischen, die zur Zusammenarbeit (*collaboration*) mit der Kolonialregierung bereit waren und die, wie es Ronald Robinson beschrieben hat, zu wichtigen Stützen des britischen Imperiums wurden (Robinson 1972: 119; Mann 2010: 81–84).⁵

In den Jahren 1857–59 entwickelte sich in Indien eine Widerstandsbewegung, die große Teile des Nordens erfasste. Von britischer Seite wurde diese aufgrund der Tatsache, dass eine „Meuterei“ von Soldaten den Ausgangspunkt bildete, als Great Mutiny bzw. als Aufstand bezeichnet – Begriffe, die in der Forschung lange unreflektiert beibehalten wurden.⁶ Unter indischen Nationalisten galt aber schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Vorstellung, dass es sich bei der Mutiny um einen Befreiungskrieg gehandelt habe. Zum 50. Jahrestag des Auslösers der Widerstandsbewegung verfasste Vinayak Damodar Savarkar 1907 eine Studie, die entsprechend betitelt war: *Indian War of Independence*. Sie wurde jedoch noch vor Erscheinen verboten und der Autor auf die Andamanen deportiert, wo er lange Jahre im Gefängnis saß (Mann 2009: 65–68; Mann 2010: 85–86; Pati 2007; Pati 2010).

⁴ Die Doctrine of Lapse besagte, dass jeder Herrscher eines indischen Fürstenstaates, der in den Augen der East India Company, der britisch-indischen oder der britischen Behörden nicht „fähig“ war, seinen Herrschaftsbereich im Sinne der britischen Krone zu regieren, oder der ohne Erben starb, seine Kompetenzen an die East India Company bzw. die britische Krone abtreten musste (Mann 2005: 78).

⁵ Dazu zählten von Beginn an die *zamindari*, deren Ländereien und Einkünfte im Rahmen der Cornwallis Reform für erblich erklärt wurden, sowie einflussreiche Familien wie die Sens, Roys oder Tagores, die im Geldgeschäft tätig waren und von den finanziellen Schwierigkeiten der *zamindari* zu profitieren wussten (Wolpert 2009: 202–204). Gerade diese Familien werden von den Verfechtern des Postkolonialismus als gutes Beispiel dafür angeführt, dass der Westen die Selbstwahrnehmung der Menschen in Indien maßgeblich zu beeinflussen vermochte (Inden 1992).

⁶ Die Verwendung der Begriffe variiert auch heute noch und ist weiterhin umstritten (vgl. Darwin 2013: 264–276).

Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Unruhen entzog die britische Regierung der East India Company die Kontrolle über Britisch-Indien. Das Gebiet wurde zur Kronkolonie und damit endgültig zu einem Teil des britischen Empire erklärt. Moderne Rechtsstaatlichkeit und Bildung sollten fortan die zivilisatorische Überlegenheit Großbritanniens demonstrieren, andererseits aber auch dazu dienen, die britische Herrschaft über den südasiatischen Kontinent zu konsolidieren. So wurden mehrere Universitäten in Kalkutta, Bombay, Madras sowie später auch in Allahabad gegründet und 1862 für ganz Britisch-Indien ein einheitliches Strafrecht geschaffen, welches explizit rechtliche Differenzen aufgrund von Rassezugehörigkeit betonte (Ghosh 2007: 361–375; Kolsky 2010: 69–107). Die britischen Behörden blieben aber auf die gelehrten Maulvis und Pandits angewiesen, um die Umsetzung des Rechts zu gewährleisten. Gleichzeitig wuchs in Indien eine neue Gruppe von Gebildeten heran, die mit der Zeit begannen, eigene Ziele zu verfolgen, die nicht immer denjenigen entsprachen, welche die britischen Behörden eigentlich mit ihren Maßnahmen zu erreichen versuchten. Allmählich verloren die britischen Behörden mehr und mehr den Rückhalt der einheimischen Kollaborateure und sahen sich zur Gewährung von verschiedenen Konzessionen gezwungen. Diese gingen allerdings nicht allen weit genug. (Trevithick 1990: 561–578; Mann 2009: 115–117; Mann 2010: 87–88).

Mit dem Indian Council Act vom 1. August 1861 wurde – auch im Zuge der bereits angesprochenen Gewährung von *responsible government* an die weißen Siedlungskolonien in Nordamerika – erstmals auch in Britisch-Indien eine Art „Minikabinet“ geschaffen und Angehörigen der indischen Oberschichten die Möglichkeit gegeben, an der Gestaltung ihres Landes mitzuwirken (Philips 1962: 35–38). Doch galt dieses Angebot nur für Personen, die konservative Ansichten teilten und die britische Herrschaft in Indien nicht in Frage stellten. Die Administration der Provinzen wurde praktisch vollständig in den Händen weißer britischer Beamter konzentriert, die diese trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit vom Schreibtisch aus zu regieren wussten (Darwin 2013: 231–233; Wolpert 2009: 253–254). Wie wenig Spielraum die britischen Behörden in Indien den neuen Bildungsschichten einräumten, zeigte sich exemplarisch im Jahre 1878, als der konservative britische Vizekönig Robert Bulwer-Lytton ein Pressegesetz erließ, welches die in indischen Sprachen erscheinenden Zeitungen einer geradezu prohibitiven Zensur unterwarf. Das Gesetz stieß in Indien auf ebenso heftige Kritik wie bei den oppositionellen Liberalen in Großbritannien. Nach deren Wahlsieg wurde Lytton durch den liberalen George Robinson, Marquess von Ripon, ersetzt und das umstrittene Gesetz wieder abgeschafft. Die Hoffnungen indischer Intellektueller, dass sich die liberale Partei in

Großbritannien zu einem verlässlichen Partner für Reformen entwickeln werde, wurden jedoch schon bald enttäuscht. Nach starken, sogar in der Londoner *Times* erwähnten, Protesten von Seiten in Indien ansässiger Briten (vgl. Philips 1962: 122–123) musste Ripon einen Gesetzesentwurf – die sogenannte Ilbert Bill – zurückziehen. Dieser hatte die Möglichkeit vorgesehen, indische Richter über weiße Angeklagte urteilen zu lassen (Kulke / Rothermund 2006: 349; Wolpert 2009: 263–269). Mit der Zulassung und anfänglichen Unterstützung des Indischen Nationalkongresses⁷ sowie einer leichten Ausweitung der Partizipation im Rahmen einer gesamtindischen Legislative sowie Provinzräte, versuchten die britischen Behörden die Situation etwas zu beruhigen. Vizekönig Frederick Hamilton-Temple-Blackwood, Marquess of Dufferin, machte im November 1888 allerdings deutlich, dass Großbritannien keineswegs bereit war, die Kontrolle über Indien völlig aus der Hand zu geben (Philipps 1962: 60–65 & 143–145). Und am 18. November 1900 erklärte Vizekönig George Nathaniel Curzon in einem Brief an George Hamilton, dass er den Indischen Nationalkongress nicht als entscheidende politische Institution in Britisch-Indien betrachte (Copland 2001: 93). Auch auf Seiten der neuen indischen Bildungsschichten war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit verhalten. Einige Intellektuelle begannen, gesamtindische oder regionale Alternativszenarien zur britischen Herrschaft über Indien zu entwickeln. Erwähnt sei an dieser Stelle etwa der bengalische oder marathische Nationalismus von Mahadev Govind Ranade bzw. Bakimchandra Chattopadhyay sowie analoge Bewegungen in Orissa. Auch die gesamtindisch ausgerichteten Anstrengungen Bal Gangadhar Tilaks zogen Aufmerksamkeit auf sich. In den 1920er Jahren vermochten sie es, sich unter Gandhi und anderen mehr und mehr durchzusetzen und sukzessive die Geschichtsschreibung in Indien maßgeblich zu beeinflussen. Gerade diesen letzteren Punkt kritisierten seit den 1970er Jahren die Verfechter des Postkolonialismus und zuvor schon die Sympatisanten der Subaltern Studies (Mann 2005: 356–358; Mann 2009: 117–120; Mann 2010: 88–92).

Grundsätzlich zeigt sich auch im Fall der britischen Herrschaft in Indien, dass eine einzelne Imperialismustheorie der Vielfalt der empirischen Befunde nicht gerecht zu werden vermag. Die jeweilige Perspektive bestimmt auch in diesem Fall die Relevanz der bestehenden Erklärungsansätze. Die Theorien von Gallagher und Robinson sowie von Fieldhouse

⁷ Zu dessen Gründung und der Rolle britischer Intellektueller in diesem Zusammenhang vgl. Wolpert 2009: 266–269 sowie Auszüge aus Ansprachen von Dadabhai Naoroji und Allan Octavian Hume vor Kongressversammlungen vom 27. Dezember 1886 und 30. April 1888, abgedruckt in Philips 1962: 139–143.

und Galbraith vermögen gerade für die Anfänge der britischen Herrschaft in Indien einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Verständnis zu leisten. Die Theoretiker des Postkolonialismus weisen hingegen zurecht darauf hin, dass die britischen Behörden nicht nur auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene Indien zu kontrollieren suchten, sondern das Land auch kulturell und gesellschaftlich in großem Ausmaß durchdrangen, mit langfristig bedeutsamen Folgen für die Geschichte des Landes. Die Auseinandersetzungen um das Pressegesetz von Vizekönig Lytton, den gescheiterten Gesetzesvorschlag von dessen Nachfolger Ripon sowie die Haltung der britischen Behörden gegenüber dem Indischen Nationalkongress zeigen zudem, dass den Möglichkeiten zur *collaboration* Grenzen gesetzt waren und Institutionen, die zur Festigung der britischen Kontrolle in Indien gedacht waren, auch zur Untergrabung dieser Herrschaft führen konnten.

5. Schlussfolgerung

In den vergangenen Jahren ist eine Stagnation der Imperialismusforschung zu beobachten. Neue Ansätze sind seit Cain und Hopkins kaum mehr vorgestellt worden, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass es bisher nicht gelungen ist, sich auf ein einheitliches Verständnis des Untersuchungsgegenstandes zu einigen. Verschiedene Imperialismustheorien haben für sich in Anspruch genommen, die Vielfältigkeit des Phänomens so umfassend als möglich zu erklären. Die drei vorgestellten empirischen Beispiele zeigen jedoch, dass dies keiner einzelnen Theorie wirklich gelingen will. Zugleich wurde auch deutlich, dass Imperialismustheorien die empirische Forschung nachhaltig zu befruchten vermögen, indem sie dazu anhalten, gängige Erklärungsansätze zu hinterfragen. Damit sind sie in der Lage – und hier schließe ich bewusst auch die älteren Imperialismustheorien von Hobson, Lenin oder Schumpeter mit ein – auch neue Erkenntnisse zu generieren. Sowohl für die Erforschung der imperialistischen Expansion als auch für Untersuchungen zur maßgeblich von dieser beeinflussten postkolonialen Entwicklung, z. B. der indischen Regionalpolitik, dürfte es von zentraler Bedeutung sein, sich so multi-perspektivisch auszurichten als nur möglich. Die verschiedenen Ansätze von Imperialismustheorien können dabei als Anstoß für die empirische Forschung genutzt werden. Eine homogene Definition von Imperialismus oder gar eine „Weltformel des Imperialismus“, welche das ganze Phänomen abschließend erklären will, ist dafür nicht notwendig. Wichtig ist es, die bestehenden Ansätze aus ihrem spezifischen historischen Kontext heraus zu verstehen. Zudem braucht es eine neue Bereitschaft, die verschiedenen Imperialismusdefinitionen und Impe-

rialismustheorien so zu kombinieren, dass daraus der maximale Ertrag für eine auf solider empirischer Basis arbeitende historische sowie sozial- und politikwissenschaftliche Forschung erzielt werden kann.

Literatur

- Baumgart, Winfried (1975): *Der Imperialismus: Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880–1914*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Barth, Boris / Osterhammel, Jürgen (Hg.) (2005): *Zivilisierungsmissionen: imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Brister, Louis E. (2010): Adelsverein. Handbook of Texas Online, Texas Historical Association, <http://www.tshaonline.org/handbook/online/articles/ufa01> (abgerufen am 27. Dezember 2014).
- Buckner, Phillip (2008): The Creation of the Dominion of Canada 1860–1901. In: Phillip Buckner (Hg.): *Canada and the British Empire*. Oxford: Oxford University Press, S. 66–71.
- Bumstead, John M. (2008): The Consolidation of British North America, 1783–1860. In: Phillip Buckner (Hg.): *Canada and the British Empire*. Oxford: Oxford University Press, S. 43–65.
- Burroughs, Peter (1978): The Determinants of Colonial Self-Government. *Journal of Imperial and Commonwealth History* 6, S. 314–329.
- Busch, Moritz (1899): *Tagebuchblätter*. 3 Bände. Leipzig: Friedrich Wilhelm Grunow.
- Cain, Peter J. (2002): *Hobson and Imperialism: Radicalism, New Liberalism and Finance 1887–1938*. Oxford: Oxford University Press.
- Cain, Peter J. / Hopkins, Anthony G. (1986): Gentlemanly Capitalism and British Expansion Overseas. I) The Old Colonial System, 1688–1850. *Economic History Review* 39, S. 501–525.
- Cain, Peter J. / Hopkins, Anthony G. (1993): *Innovation and Expansion 1688–1914*. (British Imperialism, Bd. 1). London: Longman.
- Canis, Konrad (2004): *Bismarcks Außenpolitik 1870–1890: Aufstieg und Gefährdung*. Paderborn: Schöningh.
- Chakrabarty, Dipesh (2000): *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Chakrabarty, Dipesh (2010): *Europa als Provinz: Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*. Frankfurt, M.: Campus Verlag.
- Copland, Ian (2001): *India 1885–1947: The Unmaking of an Empire*. Harlow: Longman.
- Darwin, John (2013): *Das unvollendete Weltreich: Aufstieg und Niedergang des Britischen Empire 1600–1997*. Frankfurt, M.: Campus Verlag.
- Eichmann, Flavio (2012): Expansion und imperiale Herrschaft: Zum epochenübergreifenden Charakter des Imperialismus. *Mittelweg* 36 21(4), S. 89–111.

- Fieldhouse, David Kenneth (1976): *Economics and Empire 1830–1914*. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Fischer-Tiné, Harald (2010): Postkoloniale Studien. Europäische Geschichte Online (EGO), herausgegeben vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz, <http://www.ieg-ego.eu/de/threads/europa-und-die-welt/postkoloniale-studien/harald-fischer-tine-postkoloniale-studien> (abgerufen am 23. August 2014).
- Förster, Stig (1992): *Die mächtigen Diener der East India Company: Ursachen und Hintergründe der britischen Expansionspolitik in Südasiens 1793–1819*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Fröhlich, Michael (1997): *Imperialismus: Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880–1914*. 2. Auflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Galbraith, John Kenneth (1960): The “Turbulent Frontier” as a Factor in British Expansion. *Comparative Studies in Society and History* 2(2), S. 150–168.
- Gallagher, John / Robinson, Ronald (1953): The Imperialism of Free Trade. *Economic History Review* 6, S. 1–15.
- Gallagher, John / Robinson, Ronald / Denny, Alice (1961): *Africa and the Victorians: The Official Mind of Imperialism*. London: Macmillan.
- Galtung, Johan (1981): „A Structural Theory of Imperialism“ – Ten Years Later. *Millennium: Journal of International Studies* 9(3), S. 181–196.
- Ghosh, Suresh Chandra (2007): *History of Education in India*. Jaipur: Rawat Publications.
- Greene, Jack P. (2010): *Exclusionary Empire: English Liberty Overseas 1600–1900*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gründer, Horst (2000): *Geschichte der deutschen Kolonien*. 4. Auflage. Paderborn: Schöningh.
- Hancock, William Keith (1943): *Argument of Empire*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Hiller, James K. (2008): Status without Stature: Newfoundland, 1869–1949. In: Phillip Buckner (Hg.): *Canada and the British Empire*. Oxford: Oxford University Press, S. 127–139.
- Hobson, John Atkinson (1902): *Imperialism: A Study*. London: Cosimo.
- Hübbe-Schleiden, Wilhelm (1879): *Ethiopien: Studien über West-Afrika, mit einer neu entworfenen Special-Karte*. Hamburg: L. Friederichsen.
- Inden, Ronald (1986): Orientalist Constructions of India. *Modern Asian Studies* 20, S. 401–446.
- Inden, Ronald (1992): *Imagining India*. Cambridge: Blackwell.
- Introduction to Postcolonial Studies (2014): Introduction to Postcolonial Studies. Postcolonial Studies @ Emory, <http://postcolonialstudies.emory.edu/introduction> (abgerufen am 23. August 2014).
- Keith, Arthur Berriedale (1928): *Responsible Government in the Dominions*. 2. Auflage. 2 Bände. Oxford: Clarendon Press.
- Kennedy, Dane (1996): Imperial History and Post-Colonial Theory. *Journal of Imperial and Commonwealth History* 24, S. 345–363.
- Kolsky, Elisabeth (2010): *Colonial Justice in British India. White Violence and the Rule of Law*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kulke, Hermann / Rothermund, Dietmar (2006): *Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute*. 3. Auflage. München: C. H. Beck.

- Lenin, Wladimir Iljitsch (1921): *Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1946): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Wien: Stern Verlag.
- Lower, J. Arthur (1991): *Canada: An Outline History*. 2. Auflage. Toronto: McGraw-Hill Ryerson.
- Mann, Michael (2005): *Geschichte Indiens vom 18. bis zum 21. Jahrhundert*. Paderborn: Schöningh.
- Mann, Michael (2009): *Sinnvolle Geschichte: historische Repräsentationen im neuzeitlichen Südasien*. Heidelberg: Draupadi-Verlag.
- Mann, Michael (2010): *Geschichte Südasiens 1500 bis heute*. Darmstadt: WBG.
- McNaught, Kenneth (1988): *The Penguin History of Canada*. London: Penguin.
- Mommsen, Wolfgang J. (1987): *Imperialismstheorien: Ein Überblick über die neueren Imperialismustheorien*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Nietzsche, Friedrich (1969): Zur Genealogie der Moral: Eine Streitschrift. In: ders.: *Werke in drei Bänden*. Band 2. München: Hanser, S. 761–899.
- Osterhammel, Jürgen (1997): Edward Said und die „Orientalismus“-Debatte: Ein Rückblick. *Asien, Afrika, Lateinamerika* 25, S. 597–603.
- Pati, Biswamoy (Hg.) (2007): *The 1857 Rebellion*. Delhi: Oxford University Press.
- Pati, Biswamoy (Hg.) (2010): *The Great Rebellion of 1857 in India: Exploring Transgressions, Contests and Diversities*. London: Routledge.
- Philips, Cyril Henry (1962): *The Evolution of India and Pakistan, 1858–1947. Select Documents*. London: Oxford University Press.
- Pogge von Strandmann, Hartmut (1969): Domestic Origins of Germany's Colonial Expansion under Bismarck. *Past and Present* 42, S. 140–159.
- Poschinger, Heinrich von (1896): *Fürst Bismarck und die Parlamentarier*. 3 Bände. Breslau: Verlag von Eduard Trewendt.
- Robinson, Ronald (1972): Non-European Foundations of European Imperialism: Sketch for a Theory of Collaboration. In: Roger Owen / Bob Sutcliffe (Hg.): *Studies in the Theory of Imperialism*. London: Longman, S. 117–142.
- Robinson, Ronald (1987): The Excentric Idea of Imperialism, With or Without Empire. In: Wolfgang J. Mommsen / Jürgen Osterhammel (Hg.): *Imperialism and After: Continuities and Discontinuities*. London: Allen & Unwin, S. 267–289.
- Said, Edward (2003): *Orientalism*. New York: Vintage Books (Erstausgabe 1978).
- Schieder, Theodor (1961): Imperialismus. In: Hans-Jürgen Schlochauer (Hg.): *Wörterbuch des Völkerrechts*. Band 2. 2. Auflage. Berlin: W. de Gruyter, S. 5–10.
- Schumpeter, Joseph Alois (1918/19): Zur Soziologie der Imperialismen. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 46, S. 1–39, 275–310.
- Trevithick, Alan (1990): Some Structural and Sequential Aspects of the British Imperial Assemblages at Delhi, 1877–1911. *Modern Asian Studies* 24, S. 561–578.
- Voigt, Johannes (1988): *Geschichte Australiens*. Stuttgart: Kröner.
- Walter, Dierk (1999): Colonialism and Imperialism. In: Lester Kurtz (Hg.): *Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict*. Band 1. San Diego: Academic Press, S. 355–365.

- Ward, John Manning (1976): *Colonial Self-Government: The British Experience, 1759–1856*. London: Macmillan.
- Watt, Carey A. / Mann, Michael (Hg.) (2011): *Civilizing Missions in Colonial and Postcolonial South Asia: From Improvement to Development*. London: Anthem Press.
- Weber, Ernst von (1879): *Die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebiets und die Grundlegung zu überseeischen deutschen Staaten. Ein dringendes Gebot unserer wirtschaftlichen Nothlage*. Leipzig: Verlag von U. Twietmeyer.
- Wehler, Hans-Ulrich (1969): *Bismarck und der Imperialismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Wehler, Hans-Ulrich (1970a): Einleitung. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Imperialismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 11–36.
- Wehler, Hans-Ulrich (1970b): Bismarck's Imperialism. *Past and Present* 48, S. 119–155.
- Wehler, Hans-Ulrich (1972): Industrial Growth and Early German Imperialism. In: Roger Owen / Bob Sutcliffe (Hg.): *Studies in the Theory of Imperialism*. London: Longman, S. 71–92.
- Wolpert, Stanley (2009): *A New History of India*. 8. Auflage. Oxford: Oxford University Press.
- Young, Robert J. C. (2001): *Postcolonialism: An Historical Introduction*. Malden MA: Blackwell.
- Zimmern, Alfred (1926) *Third British Empire, Being a Course of Lectures Delivered at Columbia University*. New York: H. Milford.